

Geschichte

Wilfried Mayr holt aus:
Wieder nichts gelernt?

Karin Gangl kommentiert den
**Kulturkampf im
Klassenzimmer**

Dienstrecht

Fuchsbauer & Atteneder
Rechtinfos



Karikatur: spa

Türkis-blaue Problemlösung:

Fehlende Ressourcen für kleinere Klassen und Gruppen, Förderung und Freifächer, Unterstützungspersonal und Chancenindex werden

einfach unters Kopftuch gekehrt!

Faßmann in der ORF-Pressestunde | Serie: Südtirol – Inklusion zwischen Theorie und Praxis | Schulen im Wettbewerb | Durchgefallen? – Aus der ZDF-Mediathek | Deutschklassen – 2 Direktorinnen melden sich zu Wort | 5 Blicke in den Spiegel | Türkisblau: Wer droht, schafft an! | Dienstrechtsnovelle 2018 | Literaturtipp: Homo Deus | Kunstseite: Harald Gfader | Termine

Editorial

Gerhard Pušnik



Der Bildungsminister resümierte in seinem „Dankeschreiben“ an DirektorInnen und LehrerInnen Ende Juni, ein „äußerst ereignisreiches Schuljahr (neige) sich dem Ende zu“. Viele Ereignisse können es ja nicht sein. Gemeint sind wohl die Deutschklassen, die wider besseren Wissens und für den Stammtisch eingeführt werden. Aber die sind ja kein Ereignis, sondern ein Zustand.

In allen Schultypen fehlt es an Realstunden um pädagogisch vernünftige Klassen- und Gruppengrößen zu bilden, von Freifächern, Unverbindlichen Übungen oder zusätzlichem Unterstützungspersonal ganz zu schweigen. Es gibt Schultypen, die können mit den zugewiesenen Realstunden nicht einmal ihre Stundentafel abdecken. Aber das dafür ganz autonom.

In der Pressestunde zu Schulbeginn schlägt der Bildungsminister allen Ernstes vor, die Kopftuchdebatte in die Schulen zu tragen, also genau das, was Schulen brauchen. So, als würde nicht schon der Boulevard für entsprechende Hysterie sorgen.

Noch für längere Zeit haben wir mit der Hinterlassenschaft der Großkoalitionäre zu kämpfen: mit einer reformbedürftigen Neuen Reifeprüfung, mit dem NOST-Debakel, der vertanen Chance auf eine bessere PädagogInnenbildung und dem NMS-Desaster.

In welche Richtung die türkis-blaue Dampfwalze rollt, zeigt der Umgang mit Vielfalt in der Schule, Ziffernoten, Deutschklassen, Geldstrafen. Die Wiedereinführung von Leistungsgruppen in der NMS wird das nächste Thema sein.

Für Diskussion ist gesorgt. Was wir brauchen ist Einmischung. Eine Intervention von den ExpertInnen der Basis, von den LehrerInnen!

Kurz gefasst

von Manfred Sparr



Faßmann in der „Pressestunde“

Kopftuchverbot im Kindergarten

Zukünftig kann sich der Minister ein Kopftuchverbot auch in der Unterstufe vorstellen. Das Thema sei aber nicht „*Sache des Ministeriums*“ oder alleine seiner „*persönlichen Meinung*“.

Ziffernoten plus Erklärung

– beachtenswert die „revolutionär neue“ Erkenntnis des Bildungsministers: „*Eine Note allein ist zu wenig. Man muss auch erklären, was dahintersteckt.*“ Er denkt sogar an verpflichtende Ziffernoten bereits im ersten Semester der ersten Klasse.

Neue Ferienregelung - Herbstferien

Das sollten aber zunächst einmal Eltern-, Lehrer- und Schülervertreter untereinander klären, meint Faßmann.

Gemeinsame Schule für Zehn- bis 14-Jährige

„*Die ist vom Tisch*“, so Faßmann. „*Wir bekennen uns zu einer differenzierten Schule, ich bekenne mich auch dazu.*“

Neuregelung der Bildungswegentscheidung (ab 2020?)

In der dritten und siebenten Schulstufe sollen Talente-Checks, Noten und Elterngespräche die weitere Schullaufbahn der Kinder festlegen.

Beurteilung der Regierungsarbeit

Die Zusammenarbeit in der Regierung sei „professionell“, „auch mit den freiheitlichen Ministern“. Viele Punkte würden mit seinen Plänen übereinstimmen.

Soviel zu den Themen und Inhalten von Unterrichtsminister Faßmann. Zusammenfassend kann festgehalten werden: Planlose Bildungspolitik mit ausschließlich unerträglicher erzkonservativer Substanz.

Nachgefragt

Wie war der Schulstart?

Ilse Seifried, Wien: Wie schon seit einigen Jahren Tradition, erfahren wir am ersten Schultag in der ersten Konferenz, in welchen Schulen jede/r ambulant im kommenden Schuljahr unterrichtet wird. Es wird darauf geachtet, alle vor dem Sommer abgegebenen Wünsche der KollegInnen zu berücksichtigen, was heuer in meiner Region gelang.

Daher war der Einstieg gut, weil alle mit ihren Schulen zufrieden waren. Ich selbst habe mittlerweile gelernt, die Situationen flexibel und in meinem Tempo anzugehen wie zum Beispiel aufgrund der Raumnot einen Raumwech-

sel durchzuführen etc. Es ist zwar viel Bürokratie, doch der praktische Alltag gelingt gut, wenn die KollegInnen kooperativ und teamfähig sind und das ist bei mir der Fall. Daher eine positive Rückmeldung zum Schuleinstieg!

Die aus den Medien angekündigten Änderungen haben bisher keinen offiziellen Charakter. Die strukturellen Veränderungen in Wien (Auflösung bisheriger Inspektionsbezirke in 9 Sektoren, die offene Frage, wie es mit der PV, den DAs in bisherigen IBs weitergeht u.v.a.m.) beschäftigt uns alle. Verbindliche Ergebnisse liegen noch keine vor.

Trennen statt integrieren

Karin Gangl über Susanne Wiesingers *Kulturkampf im Klassenzimmer*

Wiesinger hat der Diskussion um Einwanderung, Integration und Schulbildung mit ihrem Buch keinen Gefallen getan. Auch dann nicht, wenn sie die von ihr geschilderten Erlebnisse in Wien-Favoriten so wahrgenommen hat. Schlicht, weil darüber einige Dinge aus dem Blickwinkel geraten: Dass nämlich eine Reihe von muslimischen Schülern durchaus versuchen, sich ins Schulsystem zu integrieren - von denen hört man nichts, die gehen in der Pauschalierung von Wiesinger unter. Man hört auch nichts von jenen ur-österreichischen Schülern, die eine echte Belastung fürs Bildungssystem sind, weil die Eltern sich nicht um sie kümmern und für sie Werte wie Höflichkeit, Respekt, Fleiß Fremdworte sind.

Ich halte das Unterrichten HEUTE für ungleich schwieriger als noch vor 30 Jahren. Und das ist großteils der Veränderung geschuldet, die durch die Verwendung von sozialen Medien, aber auch technisch basierte Spiele oder überbordender TV-Konsum, der schon im Kleinkindalter beginnt, entstanden ist. Und statt dass man gegensteuert mit einem nicht-digitalisierten Teil der Bildung - also echt old-fashioned analog - kommt eine Digitalisierungswelle nach der anderen. Das Hirn ist für Digitalisierung nicht gemacht. Dass Wiesinger beschreibt, dass sie keinen „Zugang“ zu islamischen Schülern findet: Nun gut. Es gibt viele Lehrer, die zu einer ganzen Reihe von Schülern keinen Zugang finden, ganz ohne Islam.

Lehrer sind auch nur Menschen. Sie werden für den Umgang mit fremder Kultur nicht ausgebildet, nicht im Geeringsten. Es reicht auch nicht, „ein bisschen“ über andere Kulturen zu lesen, um sie zu verstehen. Wie soll man also von Lehrern, die dafür weder inhaltlich noch psychologisch ausgebildet wurden, erwarten, dass sie einen Zugang zu Schülern finden, die aus einem fremden

Wertekreis stammen? Der teilweise offen, teilweise versteckt, teilweise auch gar nicht bei uns gelebt wird?

Und auf der anderen Seite: Woher sollen die Migrant*innen, jene, die sich also integrieren sollen, wissen, welche Werte bei uns die „richtigen“ sind? Aus der Kronen Zeitung vielleicht? Wer teilt sie ihnen mit? Sie errichten häufig eine Parallel-Arbeitswelt, die viel mit Selbstständigkeit zu tun hat, egal ob als Gemüsehändler oder Handy-Laden, weil der Zugang zur klassischen Arbeitswelt ihnen häufig aufgrund ihres Namens versperrt bleibt. Sie haben ihre Geschäfte, ihre Viertel, ihre Kirchen. Ja, das ist Ghettobildung und das passiert überall in der Welt, in der eine Bevölkerungsgruppe im Ausland ansässig wird. So gibt es „deutsche Viertel“ in manchen türkischen oder spanischen Gegenden, mit deutschen Lokalen, deutschen Geschäften, deutschen Vereinen. Man spricht dort deutsch, man speist deutsch, man liest deutsche Zeitungen. Das selbe in Grün, aber ein anderer Blickwinkel. Menschen sind so.

Wiesinger hat der Diskussion um Integration und gesellschaftliches Wachstum keinen Gefallen getan, weil sie mit ihrer persönlichen Wahrnehmung Futter für rechtsnationale Politiker und Wähler liefert, die sich bestätigt sehen. Dabei lässt man außer Acht, dass die Gratwanderung zwischen Toleranz gegenüber anderen Werten - und das ist eine Tatsache, mit der man sich auseinandersetzen muss, wenn es um Wanderungsbewegungen geht - und den eigenen, meist als ausschließlich positiv beurteilten Werten, alles andere als einfach ist. Ein Lehrer, der selbst nie im Ausland gelebt hat, kann ohnehin nur bruchstückhaft beurteilen, wie sich das anfühlt: In einem anderen Land, in einer anderen Kultur zu sein und dort auf Schwierigkeiten zu treffen, weil einem die Sozialisierung fehlt. Man macht Dinge anders, nicht

aus bösem Willen, sondern weil man es nicht anders gelernt hat.

Die Schulen, die einen Beitrag leisten „könnten“ zur Aufklärung, die jungen Menschen begreiflich machen können, wie unterschiedliche Werte zustande kommen, wie Werte sich bilden oder verändert werden können, die aber auch fundiertes Know-How über Kommunikation liefern, die können ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Weil es zu viele Aufgaben gibt, die ohnehin schon erledigt werden müssen. Die Eltern sind häufig überfordert, es reicht ja, wenn 50 % der Eltern nicht mit ihren Kindern reden oder ihnen ihr Krone-Zeitungs-Niveau angedeihen lassen.

Es bleibt die Frage: Wie kann man unterschiedliche Werte, die durch Zuwanderung nun mal entstehen, so konsolidieren, dass man in einer menschlichen, fröhlichen, positiven Art und Weise zusammenleben kann? Man könnte Kurzfragen, der war ja Integrations-Minister, aber der wird wie gehabt schweigen oder etwas daherreden davon, dass er ja schließlich die Balkanroute geschlossen hat. Ist halt wenig vorteilhaft, wenn ein Kanzler grade mal eine Matura als Ausbildung hat. Man könnte die Unterschiede ausradieren und die eigenen Werte zu den allein gültigen erklären, aber wir wissen: Das wird nicht funktionieren. Deshalb wird auch das Buch von Wiesinger nicht funktionieren, weil es trennt, anstatt zu integrieren, weil es Schuldige sucht und identifiziert, anstatt auf Unterschiede hinzuweisen und Lösungen anzubieten. Aber Lösungen funktionieren halt immer nur innerhalb der eigenen Fähigkeiten und – nicht zuletzt – innerhalb des eigenen Wollens.

Karin Gangl, MA, hat Wissensmanagement studiert und ist Inhaberin einer Kommunikationsagentur (www.missmonnipenni.at), Lektorin (FH Burgenland), Trainerin (WIFI), entstammt einer Lehrerfamilie.

Schule & Welt

Schulen im Wettbewerb

Die Autonomie der DirektorInnen bei der Auswahl der KollegInnen hat gravierende Auswirkungen auf die Schullandschaft

Juliana Kemmer

In der Steiermark kennen wir jenes Modell bereits sehr gut, das nach dem „Reformpaket“ für ganz Österreich gelten wird. „Get your teacher“ – dieses Programm soll es den DirektorInnen möglich machen, jene KollegInnen auszuwählen, die für den jeweiligen Standort am besten geeignet sind.

So weit so gut. Wir, die VertreterInnen der Steirischen LehrerInneninitiative, haben diese Entwicklung mit einigem Misstrauen verfolgt. Denn eine Machtverschiebung in Richtung DirektorInnen birgt nicht nur die Gefahr, dass „Freunderlwirtschaft“ in den Schulen Gang und Gäbe ist. Es entsteht auch ein verschärfter Wettbewerb innerhalb der Schulen: Junge KollegInnen, deren Fächer und Zertifikate gefragt sind, werden jene Schulen wählen können, die für die meisten KollegInnen ge-

wisse Vorzüge haben: Schulen in Ballungszentren, also Schulen mit hohem Nachfragewert bei Eltern, meist gekoppelt mit niedrigem Anteil nichtdeutschsprachiger SchülerInnen.

Der daraus entstehende Wettbewerb kann – v. a. wenn der Bedarf aufgrund von Pensionierungen steigt – für viele Schulen zum Problem werden. Gerade auf dem Gebiet „Informatik“ gibt es bereits einen Engpass, der dazu führt, dass Schulen in den entlegeneren Regionen der Steiermark keine geeigneten BewerberInnen finden. Die DirektorInnen sind auf sich selbst gestellt, müssen sich selbst aktiv nach QuereinsteigerInnen umschaun und hoffen, dass diese bereit sind, auch längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen und mit dem Gehalt, das in der Schule bezahlt wird, zufrieden sind. Diese Form

der Autonomie wünschen sich bei genauerem Hinsehen vielleicht doch nicht alle DirektorInnen....

Auf Nachfrage, wer denn jetzt wirklich für die Zuweisung der BewerberInnen verantwortlich sei, bekräftigt der Landesschulrat seine Position als Dienstgeber. Gut, finden wir. Dieses Urteil teilen aber wenige ÖsterreicherInnen. Sie meinen nämlich, dass es der Schule in jedem Fall guttut, die Personalauswahl den Direktionen zu überlassen. Dass das aber für viele Schulen zur Herausforderung und auch zum Nachteil wird, zeigt sich oft erst im Nachhinein. Im daraus resultierenden verschärften Wettbewerb werden die ländlichen Regionen, aber auch die Schulen in Problembezirken die Verlierer sein.

Mag. Juliana Kemmer ist AHS-Lehrerin in der Steiermark

DURCHGEFALLEN? Schule auf dem Prüfstand

Peter Steiner

Was Harald Lesch in seiner Sendung aufzeigt, wissen wir Lehrenden eigentlich schon oder fühlen es zumindest: Entscheidend für den Lernerfolg sind die soziale Beziehung zwischen Lernenden und Lehrenden und die Zeit, die das Lernen braucht und die immer zu wenig ist. Was wir mit Erstaunen registrieren, ist, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker und die Schulverwaltung das nicht wissen, vielleicht nicht wissen wollen oder gar bewusst

ignorieren. Sie setzen stattdessen auf Tests wie PISA, die nur wirtschaftlich verwertbare Kompetenzen abfragen. Was nicht gefragt ist, sind musische, künstlerische und politisch bildende Kompetenzen. Was den Mensch zum Menschen macht, ist damit out. Die Schule wird mit Standardisierungen und Qualitätsmessungen zur Zubringerindustrie der Wirtschaft(treibenden). Das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden wird durch ausgeprägten Stress und Leistungsdruck in ein Misstrauensverhältnis umgewandelt. Und damit wird die Lust an der Schule zur Last.

Was die Misere ändern kann? Die Beachtung von Bildungs- und Menschenwissenschaften, z.B. dass pubertierende spätere Schulanfangszeiten brauchen, dass Hausübungen und häufige Tests dem Lernen schaden, dass Lernen Vertrauen, Zeit und Freiraum braucht, dass Standardisieren nichts anderes als Normieren ist und die individuelle Persönlichkeit null fördert.

Eine Sendung von Harald Lesch in der ZDF-Mediathek, gesehen von Peter Steiner.

<https://www.zdf.de/wissen/leschs-kosmos/durchgefallen-schule-auf-dem-pruefstand-100.html>



UBG

**Rechtsschutz, Beratung und Service
ab dem 1. Beitrittstag**

18.- € Mitgliedsbeitrag

**Unabhängige Bildungsgewerkschaft
www.dieubg.at**

Die Bildungslandschaft in Südtirol



Das Schulwesen in Südtirol schneidet in internationalen Vergleichen deutlich besser ab als die österreichische Schule. Wir werfen Blicke hinter die Kulissen.

Barbara Gessmann-Wetzinger

Teil 6: Der Südtiroler Schule auf den Zahn gefühlt – ÖLI-Exkursion an Südtiroler Schulen, die Zweite oder: Inklusion zwischen Theorie und Praxis

Nach den beeindruckenden Erfahrungen, die wir 2017 in der Region Bruneck gemacht hatten, wuchsen weitere Fragen. Wir hatten damals fast ausschließlich mit Schulleitern und Inspektoren gesprochen: Wie fühlt sich die Arbeit in einem so anderen, inklusiven System für LehrerInnen an? Sind die Bedingungen an Südtiroler Schulen wirklich so paradiesisch, wie uns geschildert?

Das Ziel diesmal, die Mittelschule in Mals im Vinschgau, einer ländlichen Region zwischen Meran und dem Reschenpass. Hilfreich war, dass die Südtiroler KollegInnen zu Christi Himmelfahrt Unterricht hatten, während wir ein verlängertes Wochenende genossen.

Eine große Gruppe bestens gelaunter LehrerInnen empfing uns am Donnerstagabend zum Gespräch, LehrerInnen der Mittelschule, InklusionlehrerInnen, BetreuerInnen für behinderte Kinder und OberschullehrerInnen. Wir erhielten eine Einführung in das inklusive Schulwesen mit interessanten Details. Alle Kinder wechseln nach der Grundschule gemeinsam in die Mittelschule. SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen, werden in drei Gruppen unterteilt. Für alle diese SchülerInnen werden individuelle Bildungspläne geführt. SchülerInnen mit diagnostizierten Funktionsstörungen haben Anspruch auf personelle Ressourcen. Für die übrigen bedürftigen Kinder können vor Ort Ressourcen bereit gestellt werden.

Alle zielgleich geführten SchülerInnen, können das Diplom erreichen. Vom

Klassenrat beschlossene Entlastungs- und Kompensationsmaßnahmen helfen dabei. Das Diplom ist das Ticket in den Arbeitsmarkt, auch für jene Stellen, die das Land Menschen mit Beeinträchtigungen anbietet. Das starke Bestreben von Gesellschaft und Schule möglichst vielen jungen Menschen zum Diplom zu verhelfen, schafft Voraussetzungen, die wir in Österreich nicht kennen. Die Klassenräte definieren für jedes Kind individuell, wann vorgegebene Ziele als erreicht gelten und schenken damit Chancen.

Anschließend an den Vortrag entwickelte sich ein spannendes Gespräch

Junge LehrerInnen warten mitunter auch 10 Jahre auf unbefristete Verträge und erfahren alljährlich erst ganz kurz vor Schulbeginn, wo in Südtirol sie eingesetzt werden. Die LehrerInnen berichteten, dass sie sehr viel Zeit abseits des Unterrichts in der Schule verbrachten, Klassenräte, Teambesprechungen, Arbeitsgruppen brauchen ihren Raum, schaffen allerdings auch gestalterische Freiheiten. Die besuchte Schule liegt an der Peripherie, was zu häufigem Wechsel von LehrerInnen führt, auch die technische Ausstattung der Schule lässt zu wünschen übrig. Die Belastung durch den Beruf wurde als hoch beschrieben. Eine interes-

	SchülerIn mit Behinderung	SchülerIn mit Lernstörung oder spezifischem Förderbedarf	SchülerIn mit Benachteiligung(sozial, kulturell, sprachlich)
Grundlage:	Funktionsdiagnose	klinischer Befund	Beschluss des Klassenrates ohne klinische Diagnose
Förderung:	zieldifferent	zielgleich mit Kompensations- und Erlassmaßnahmen	
Abschluss:	Bescheinigung	Diplom	

rund um die Themen Schule und LehrerInsein in Südtirol. Die besuchte Schule hat rund 170 SchülerInnen, 40 davon mit besonderen Bildungsbedürfnissen. Sechs von diesen sind schwer behindert. Differenzierten und offenen Unterricht betrachten unseren GastgeberInnen als besten Weg, der Schülervielfalt gerecht zu werden. Methodenfreiheit der Lehrpersonen wird trotzdem gelebt. Die Probleme Südtiroler LehrerInnen ähneln unseren: Zunehmendes Sparen bei den Ressourcen, ständig wachsende unentgeltliche Arbeitszeit und mitunter massive Konflikte mit Vorgesetzten, bei denen man meist alleine ist, wurden mehrfach genannt. Dazu belasten ständige Veränderungen, die oft erst während des Schuljahres bekannt werden und sofort umgesetzt werden müssen, die zunehmende Einmischung von Seiten der Eltern und die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung.

sante Facette lieferte die Frage nach der Motivation LehrerIn zu werden. Die Berufswahl wurde auch damit begründet, dass in der besuchten Region Arbeitsplätze rar sind. Die Sinnhaftigkeit der Inklusion wurde von unseren GesprächspartnerInnen nicht in Zweifel gezogen. Einzig bei Kindern, die an einer Spezialschule – etwa für Hörbehinderungen bessere Voraussetzungen fänden, könnte ein anderer Weg sinnvoll sein, meinten sie.

Ich bitte um Verständnis, dass dieser Artikel einige Eckdaten des Südtiroler Schulsystems erneut wieder gibt. Auch KollegInnen, die die letztjährige Artikelserie nicht verfolgten, sollen sich ein Bild machen können.

In der nächsten Ausgabe des Kreidekreis berichte ich von der Begegnung mit Eltern behinderter SchülerInnen.

Wieder nichts aus der Geschichte gelernt?

Wilfried Mayr

Im Unterricht wird zu Recht das nationalsozialistische Regime als ein verbrecherisches dargestellt, in dem Unrecht zu „Recht“ wurde und das Abermillionen Menschenleben gefordert hat. Es ist unstatthaft, die Millionen Opfer anderer Machthaber gegenzurechnen, weil Mord nicht mit Mord gegengerechnet werden kann, der eine Mord den anderen nicht entschuldigt oder rechtfertigt. Im Gegenteil: Wie das deutsche Flieger-Ass im 1. Weltkrieg, der „Rote Baron“ Manfred von Richthofen (80 Abschüsse) einmal meinte, „Mord bleibt Mord, auch im Krieg“. Verstehen heißt nicht entschuldigen, um gleich hier klar zu stellen, dass nichts von den Gräueln des Nationalsozialismus relativiert oder gar entschuldigt werden soll.

Die gesellschaftliche Entwicklung der meisten europäischen Staaten nach dem 1. Weltkrieg von Demokratien hin zu Diktaturen ist einer weitverbreiteten Not geschuldet, bei der die Schuld daran nicht leicht zuzuordnen ist. Hitler & Co. kamen 1933 legal an die Macht. Mit dem Ermächtigungsgesetz, dem die konservativen Abgeordneten zustimmten, war der Weg frei für die Diktatur in Deutschland. In Österreich, wo die breite Masse in ähnlicher Not leben musste, errichteten die Konservativen auf eigene Faust eine Diktatur namens „Ständestaat“. Prominentestes Opfer dessen war Bundeskanzler Dollfuß selber, gebracht hat dieses „vaterländische Projekt“ nichts Positives.

Not macht nicht nur erfinderisch, sondern vor allem verzweifelt. Und verzweifelte Menschen werden zu allem fähig. Ich befragte Mitte der 80-er Jahre Menschen, die die Zwischenkriegszeit selber erlebt hatten. Einen Arbeiter, einen Bauern und einen späteren Beamten. Sie waren sich einig, dass es den durchschnittlichen Leuten

ob ihrer Not schon egal war, ob die Nazis oder die Kommunisten an die Macht kämen, aber bedeutende Änderungen waren überfällig. Das Ergebnis ist bekannt.

Durch die Sparmaßnahmen in den 20-er Jahren und den verbreitet fehlenden sozialen Absicherungen waren immer mehr Menschen in die Verzweiflung getrieben worden. Die Arbeiterschaft stand im Schatten der drohenden Arbeitslosigkeit, die Bauern mussten sich immer mehr verschulden. Wenn Hitler der Einzige war, dem es gelang, dass Letztere den Herrgottswinkel ausräumten und statt dessen ein Führerbild aufhängten, dann deshalb, weil er die versprochene Entschuldung der Höfe auch veranlasste. Dass etliche ihrer Söhne im Krieg dann verrecken mussten, wollten und konnten sie davor nicht wissen. Und vor allem: Im Nationalsozialismus wurde allen außer seinen Gegnern und Opfern versprochen, dass ihre **soziale Herkunft egal** war, dass man mit Leistung und Loyalität alles erreichen könne. Bis dahin musste man Lehrgeld zahlen, wenn man eine Berufsausbildung absolvieren wollte, und viele Eltern hatten das nötige Geld dafür nicht, auch wenn sie bis zum Umfallen arbeiteten. Die Zukunftsperspektiven der heute Jungen?

Haben diejenigen, die diese Missstände verhindern hätten können aber nicht verhindert, nicht auch einen **unentschuldbaren Anteil an der Schuld** an den folgenden Verbrechen und Katastrophen? Wer sich heute über die zunehmenden Erfolge der europäischen Rechtspopulisten und Figuren wie Trump wundert, leidet an Intelligenzmangel. Für zunehmende Profite einiger Weniger setzen deren politische Handlanger Maßnahmen, die den sozialen Frieden zunehmend gefährden. Die Einkommensschere klappt immer weiter auseinander, und auch bei re-

lativem Wohlstand der Allgemeinheit machen sich immer mehr Zukunfts- und Verlustängste breit. Wenn der Profit das Maß aller Entscheidungen ist, versagt die Politik zunehmend und treibt die von Neoliberalismus und Turbokapitalismus Betroffenen genauso in die Hände der Heilsversprecher wie in früheren Zeiten. In Westeuropa sind es die Abstiegsängste der einst Saturierten und ihrer Nachkommen, in Osteuropa die Armut derer, die im Kommunismus zwar keine Freiheit, aber Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern kannten. Der erstarrte Nationalismus (jene Einstellung, die letztlich noch nie etwas Positives zur Folge hatte) ist ein Fanal für die Befürchtung, dass wieder nichts aus der Geschichte gelernt wurde und sie deshalb immer wieder wiederholt werden wird.

Um die materiellen Kosten des 1. Weltkriegs hätte sich jede Familie der kriegsteilnehmenden Länder ein Häuschen bauen können. Für die Kosten der weltweiten Rüstungsproduktion könnte man diese Welt in ein Paradies verwandeln. Und was geschieht de facto?

Die wirklich Reichen zahlen (meist legal!) längst keine Steuern mehr, weil ihnen die verantwortlichen Politiker das dazu nötige Steuersystem geliefert haben (z.B. Jean-Claude Juncker in Luxemburg). Einer durchschnittlich verdienenden Person bei uns wird ein großer Teil ihrer Einkünfte mittels Steuern und Abgaben abgenommen. Natürlich ahnt oder bemerkt sie diese Ungerechtigkeit und wird anfällig für Demagogen. Die sind heute wie damals mit einer recht einfachen Taktik erfolgreich: Angst machen, Feindbilder verstärken, einfache Lösungen versprechen. Populisten können nur auf dem Mist wachsen, den vorher Regierende gebaut haben.

Der gewohnte und inzwischen bedrohte Sozialstaat wäre locker mittels einer **minimalen Transaktionssteuer** weiterhin zu finanzieren und abzusichern, nur lässt das die Finanzwelt nicht zu. Zur Verdeutlichung: In den 80-er Jahren gab es eine Erlagscheingebühr von damals 10 Schilling, selbst wenn der zu überweisende Betrag unter diesen 10.- lag. Das war mehr als eine 100prozentige Transaktionsgebühr! Die Betroffenen konnten sich aber kaum dagegen wehren. Inzwischen transferieren Computer automatisch Milliarden Euro in Sekundenbruchteilen, wenn die vorgeprogrammierten Eckdaten erreicht werden. Eine Transaktionssteuer von nur 0,1 % brächte alle nötigen Mittel zur Absicherung des Sozialstaats und würde das Zocken einschränken. Natürlich wissen das auch die regierenden PolitikerInnen, bloß wagen sie nichts dagegen zu unternehmen, wenn sie weiter agieren wollen. So gesehen leben wir schon längst in der Diktatur der Finanzwelt, die sich in ihrer Gier vor nunmehr 10 Jahren um ein Haar selbst zerstört hätte und deren Rettung wir nun alle finanzieren müssen.

Die durch Trawler leergefischten Strände, durch europäische Dumpingpreisexporte ruinierten Wirtschaften

und von Multis ausgebeuteten Regionen Afrikas zwingen immer mehr BewohnerInnen zur Flucht. Wer nicht im Mittelmeer ertrinkt oder in Libyen versklavt wird, steht der Festung Europa gegenüber, wo man als Politiker Wahlerfolge feiert, wenn man ihnen gegenüber möglichst grausam und verständnislos auftritt. Natürlich kann Europa nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, aber besonders das traurige Kapitel Kolonialisierung und ihre Folgen verpflichtet Europa zu tatkräftiger Hilfe, in Afrika auch menschenwürdig leben zu können.

Alleine die Bewältigung des Klimawandels würde schon weltweit herkulische Anstrengungen erfordern. Die Ungerechtigkeiten in allen politischen Systemen und die daraus zukünftig entstehenden Spannungen und Konsequenzen überfordern leider meinen Optimismus. Was wir Einzelne unternehmen können, sind nur kleine Schritte, aber wir sollen diese auch tun. Weniger aber qualitativ einkaufen, den ökologischen Fußabdruck möglichst klein halten, uns sozial und politisch engagieren. Und vor dem Kreuzermachen bei Wahlen unbedingt das Hirn einschalten und tatsächlich wählen gehen. Ausreden kommen portofrei daher, bringen aber gar nichts.

Redaktionsschluss: 15. 11. 2018

Impressum

ÖLI-UG | Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie | 4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at | Mobil: 0680/2124358 | **Redaktionsteam** | Gerhard Pušnik (verantwortlich), Peter Steiner, Manfred Sparr, Andreas Chvatal und die AutorInnen.

Kreidekreis: Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

Wir finanzieren uns durch Spenden und Beiträge der Leserinnen und Leser.

Bankverbindung IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 | BIC: BAWAATWW lautend auf Gessmann/Fuchsbauser ÖLI-Vors./Kass. | Auflage 14.000

OeLI-APP jetzt auch für iPhone

Das beliebte ÖLI-APP kann ab jetzt auch mit dem iPhone genutzt werden. Du findest es im Store für iPhone und (Android-Geräte) unter „oeli“.



Was bringt dir diese APP?

Keine wichtige Nachricht mehr verpassen. Denn die ÖLI-UG APP informiert dich automatisch und top aktuell über alle neuen Beiträge auf der OeLI-Homepage.

Ein Klick auf den ÖLI-UG Button öffnet direkt die Homepage www.oeliug.at auf deinem Handy.

Die APP ist einzigartig, denn sie

- ist kostenlos,
- benötigt, liest und speichert keine Daten von dir,
- verursacht ein nur sehr geringes Downloadvolumen und
- verbraucht so gut wie keine Energie (Batterie) von deinem Handy.

Deutschklassen

Vor den Eltern unserer Kinder schäme ich mich für die Bildungspolitik

„Deutsch über alles?“ - So wurde einst eine bundesweite Fortbildung titulierte, die auf die Irrtümer der Bildungspolitik mit diesem völlig falschen Ansatz (Deutsch über alles) aufmerksam machte. Dr. Inci Dirim und anerkannte Wissenschaftler in Sachen Mehrsprachigkeit wie Dr. Krumm waren zwei der vielen Referenten, die auf den Schatz und das Potential der Mehrsprachigkeit und des lebensnahen und kindgerechten Deutscherwerbs hinwiesen.

Viele solcher österreichweiten Fortbildungen habe ich besucht, Schulentwicklung zu diesem Thema war ein wichtiger Bestandteil unseres Schulalltags und dies wurde durch viele Erfolge in der Deutschförderung, aber auch im multikulturellen Ansatz und der umfassenden Integration unserer Kinder mit nichtdeutscher Herkunft belohnt.

Wir schafften es, mit Arbeit an Haltungen verbunden mit professioneller Schulung, zu einem wertschätzenden Umgang mit genannten Themen zu kommen. 2013 wurden diese jahrelangen Bemühungen mit dem Integrationspreis des Landes Vorarlberg ausgezeichnet und 2017 wurde unsere Schule als erste in Vorarlberg VOXMI (Von und miteinander Sprachen lernen) zertifiziert.

Stolz sind wir auf unser gewachsenes Schulkonzept, das uns nun durch die verpflichtende Einführung einer Deutschklasse ab 8 Kindern mit außerordentlichem Status genommen wird. Die verpflichtende Einführung dieser Klasse bedeutet für unseren Standort eine gravierende Verschlechterung der Schulqualität. Einem er-

folgreichen Schulkonzept, das wir gerne im Zusammenhang von Fort- und Weiterbildungsangeboten präsentiert und weitergegeben haben, wird dadurch der Boden entzogen.

Wo bleibt hier die Schulautonomie?

Auswirkungen dieser gesetzlichen Bestimmung: Die Einrichtung einer eigenen Vorschulklasse ist nicht mehr möglich. Sie genießt unter den Schülereltern bis jetzt den besten Ruf. Deutschsprachige Kinder müssten nun in die erste Klasse integriert werden. Eine auf lebenspraktischen Inhalten basierende Förderung der deutschen Sprache im Rahmen einer sprachlich durchmischten Klasse ist nicht mehr möglich. Dies ist ein ganz wesentlicher Punkt im Rahmen des Schulkonzeptes.

Die drei ersten Klassen sind gefährdet, auf zwei reduziert zu werden, das sind alles Rechnungsfaktoren, die im Ministerium nicht beachtet werden, bzw. sogar gewünscht werden, da dadurch die Sparmaßnahmen durch die Hintertür kommen. Die Professionalisierung der Lehrpersonen, die in der Deutschförderung tätig sind, ist ebenfalls ein zentraler Faktor des Konzeptes.

Kinder aufgrund ihrer Deutschkenntnisse zu separieren und zu kategorisieren finden wir diskriminierend, Ausdrücke wie Deutschklasse, Ausländerklasse, Migrantenklasse haben in unserer Schule keinen Platz, denn wir haben Kinder und nur Kinder, die Bedürfnisse haben, an denen sich ein Lehrerinnenteam zu orientieren hat.

Nahezu ausweglos erscheint die Situation, den Kindern diese umfassende Förderung und Teilhabe an allen Bereichen des Bildungserwerbes im

kommenden Schuljahr zukommen zu lassen.

Da nehmen wir schon eher den Verlust von Stundenkontingenten hin und nennen nur mehr 7 Kinder mit ao-Status administrativ, um ihnen den Besuch einer sogenannten Deutschklasse (im Volksmund „Ausländerklasse“) zu ersparen.

Vor den Eltern unserer Kinder schäme ich mich für die Bildungspolitik

Vor den Eltern unserer Kinder schäme ich mich für die Bildungspolitik, die für uns klare Tendenzen zur Ausgrenzung zeigt. Solche Tendenzen haben in unserer Schule keinen Platz. Alle Eltern unserer außerordentlichen Kinder würden heftig gegen diese Form der Einschulung protestieren.

Wenn ich als erfahrene Schulleiterin, die ihren Dienst seit 20 Jahren besonders unter diese Thematik gestellt hat, keine Möglichkeit habe, Deutschförderung AUTONOM gestalten zu können, frage ich mich, wo wir noch autonome Entscheidungen treffen können. Der Erfolg bei den Deutsch Standard-Überprüfungen hat uns recht gegeben. Warum sehen nicht auch unsere Vertreter im Ministerium erfolgreiche Schulmodelle, die ihre Schulentwicklung nach wissenschaftlichen Kriterien ausrichten?

Ein über Jahre entwickeltes, sehr erfolgreiches Deutschförderkonzept auf einen Schlag zunichte zu machen, enttäuscht und demotiviert unser Team.

Auf ein Umdenken und ein Orientieren an gelingenden Beispielen hoffen wir.

Christa Lissy-Rauch ist Direktorin der VS Oberau, Feldkirch

Deutschförderklassen - VS-Direktorin in Vorarlberg: „... mache mir große Sorgen“

Die „strikte Einführung der Deutschklassen“, gefährdet erfolgreiche Schulmodelle.

Martine Durig, Direktorin der Volksschule Bludenz-Mitte, wünscht sich, dass ihre Schule auch weiterhin eine Schule sein kann, „in der die Kinder mit Freude lernen können – gleich woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen oder welcher Religion sie angehören. Das Grundthema unseres Schulentwicklungsprozesses ist Chancengerechtigkeit. Wie soll das möglich sein in einer Atmosphäre der Selektion, Überprüfung und Stigmatisierung.“ Durch die „strikte Einführung der Deutschklassen“, sieht Durig ihr erfolgreiches Schulmodell gefährdet. Sie mache sich große Sorgen, aber „habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben!“ Deshalb hat sie einen Brief an die für Bildung zuständige Landesrätin Barbara Schöbi-Fink geschrieben.

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich habe Sie in den bisherigen Begegnungen als eine Persönlichkeit kennengelernt, die viel Verständnis für die Probleme an den Schulen mitbringt. Ich mag den Ausdruck „Brennpunktschulen“ nicht besonders, aber wir sind eine von den 4 Schulen, die für das Projekt „Chancen erweitern, Möglichkeiten eröffnen“ ausgewählt wurden. Wir haben an unserer Schule ein sehr fundiertes Konzept der Sprachförderung aufgebaut, haben Jahrgangsmischungen eingeführt, legen Wert auf Begabtenförderung und können selbstbewusst anmerken, dass das Miteinander der Religionen und Sprachen gut funktioniert. Wir hatten auch gute Ergebnisse bei den diversen Standardüberprüfungen. Der positive Zugang zu Mehrsprachigkeit und Diversität bewirkte bisher,

dass wir mit unseren Zusammensetzungen auch in der Öffentlichkeit einen guten Ruf hatten.

Wir hatten bisher Ressourcen zur Verfügung, um bestimmte Projekte wie eine zusätzliche Englischstunde, das Fach Gemeinschaft, Begabtenförderung und eine intensive Sprachförderung durchzuführen. Die strikte Einführung der Deutschklassen ändert bei uns sehr viel. Ausgerechnet im Schuleingangsbereich, in dem die Kinder zusammenwachsen sollen, wird von uns verlangt, die Kinder in Gruppen zu teilen und klare Selektion zu betreiben. Das widerspricht jedem integrativen Gedanken und kann beim besten Willen nicht förderlich für die Entwicklung unserer Gesellschaft sein. Ich müsste mich entscheiden, ob ich eine Vorschulklasse führe oder eine Deutschförderklasse – diese Entscheidung ist relativ klar. Wenn ich die Kinder, die Förderbedarf haben, aus den ersten Klassen nehme, fallen mir diese Klassen oder die Jahrgangsmischungen zusammen. Außerdem widerspricht es meiner tiefen Überzeugung, Kinder in sogenannten „Ausländerklassen“ zu separieren. Das hatten wir schon einmal und es hat sich nicht bewährt. Kinder können in ausgeglichenen Mischungen am besten lernen. Alle Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen in einer Klasse zusammenzufassen ist ein Unfug. Sie brauchen Sprachvorbilder und Anreize und die Möglichkeit der Teilhabe, die Schulsprache zu lernen. Außerdem haben wir an der Schule ein extremes Raumproblem und ich wüsste nicht, wo eine Sprachklasse einzurichten wäre.

Ich habe Ihnen die Artikel über die Zugeständnisse in Wien zukommen lassen. Wie steht es mit der Flexibilität in Vorarlberg? Was für Wien gilt, müsste doch für Vorarlberg auch gelten. Ich brauche unbedingt die Mög-

lichkeit, die Kinder auch integrativ führen zu können. Sonst werde auch ich mich dazu durchbringen müssen, auf die Deutschförderklasse zu verzichten. Wenn eine Einrichtung auf Kosten aller SchülerInnen geht, kann ich das pädagogisch nicht verantworten. Wo bleibt die oft versprochene Schulautonomie?

Bei mir steht derzeit mein komplettes Schulmodell in Frage. Ich werde mir überlegen müssen, am Schulbeginn ein Schulforum einzuberufen, um die Änderung der gesamten Struktur bekanntzugeben. Das geht natürlich auf Kosten der Unterrichtsqualität. Bei unseren Mischungen werden die Lehrpersonen an ihre Grenzen kommen und viele Kinder auf der Strecke bleiben. Im Vergleich zu diesem Schuljahr werden durch die neue Regelung viel weniger Stunden zur Verfügung stehen.

Ich bitte Sie inständig, sich für die betroffenen Schulen einzusetzen! Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass Sie diese Entwicklungen mittragen können. Ich bin derzeit frustriert, demotiviert und mache mir große Sorgen. Ich wünsche mir, dass wir so weiterarbeiten können wie bisher. Die Volksschule Bludenz-Mitte soll eine Schule sein, in der die Kinder mit Freude lernen können – gleich woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen oder welcher Religion sie angehören. Das Grundthema unseres Schulentwicklungsprozesses ist Chancengerechtigkeit. Wie soll das möglich sein in einer Atmosphäre der Selektion, Überprüfung und Stigmatisierung?

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben!

Beste Grüße,
Martine Durig
Volksschule Bludenz-Mitte

Fünf Spiegelblicke

Ilse M. Seifried



1. Blick

Das Frauenministerium kürzt bei Frauenprojekten. Für die Regierung ist Gender Budgeting kein Thema. Das Unterrichtsprinzip „Gleichstellung“ wird überarbeitet. Das Ergebnis steht noch aus. Die Nebelschwaden der politischen Rhetorik scheinen die Realität zu vertreiben.

„Wenn eine Frau zur Realität durchdringt, lernt sie ihren Zorn kennen, und das heißt, sie ist bereit zu handeln.“ Mary Daly

Wer verzichtet warum freiwillig auf die (Meinungs-)Freiheit? Also sprechen wir gendergerecht, diskutieren wir, denken kritisch und wagen alles in Frage zu stellen! PädagogInnen haben das Recht, die Pflicht und die Chance, die GENDER-Thematik in unserem Schulalltag in jeder Stunde, zu jedem Thema einzubringen. Es gilt die Fragen zu stellen: „Welches Selbstverständnis habe ich von mir als Mädchen/Bub/Intersexuelle? Aus welchem Geschlechterrollen-Selbstverständnis heraus treffe ich (oft unhinterfragt) Entscheidungen?“

Der Blick in den Spiegel zeigt, wo noch unbewusst oder aus Gewohnheit „Doing-Gender“ praktiziert wird und wo es noch Potentiale der Entwicklung gibt.

2. Blick

Es scheint, als würde aus einer Mehrheit von DemokratInnen eine Minderheit werden. Angst haben alle: Die einen vor dem Gefängnis, die anderen vor der Freiheit. PädagogInnen können sich selbst und ihre SchülerInnen ermutigen. Sich solidarisieren, verbinden, das Gemeinsame suchen und wieder Mitgefühl entwickeln. Es kann gelernt werden. Der Untergang, das Vergehen, sind nicht aufzuhalten. Doch dieser muss nicht erlitten werden – er kann gestaltet werden!

Wesentlich für Demokratie und Wohl-

stand sind nachgewiesener Maßen jedoch die Frauen (siehe <https://derstandard.at/2000055911357/Studie-Keine-Demokratie-ohne-Frauenrechte> – doch nur, wenn sie gleiche Rechte und Wertschätzung haben wie Männer. Blicken wir also nicht nur in den Spiegel, sondern wieder der Realität ins Auge!

3. Blick

Erfahrungen und Weisheiten – den Blick auf die AhnInnen gerichtet – liegen hinter Staub. Unsichtbar, solange der Spiegel nicht geputzt wird. Nelson



Mandela meinte (oder hoffte er nur?):

„Die Ältesten werden Mut unterstützen, wo Angst ist, Einigungen beflügeln, wo Konflikt ist, Hoffnung bringen, wo Verzweiflung ist.“

Wo aber sind diese Ältesten? Sind es nicht die PädagogInnen selbst, wenn sie SchülerInnen als Mensch gegenüberstehen? Ist das nicht eine Gelegenheit, so gemeinsam den Spiegel zu putzen?

„Der Planet braucht keine erfolgreichen Menschen mehr. Der Planet braucht dringend FriedensstifterInnen, HeilerInnen, ErneuerInnen, GeschichtenerzählerInnen und Liebende aller Art.“ Dalai Lama

4. Blick

Der Begriff Aufklärung lacht uns zu, wenn wir in den Spiegel schauen. Doch es gibt einen schwarzen Fleck! Bisher

betraf die Aufklärung ausschließlich den Verstand. Jetzt ist es an der Zeit, diesen Begriff zu erweitern mit Emotionen. Neid, Wut, Angst etc. sind geballte Energien wie die Wolken am Himmel. Der blaue Hintergrund ist verdeckt mit grauen und schwarzen Wolken. Nur wer weiß, dass es auch wolkenfreien Himmel gibt, macht sich Gedanken über die Wolken. Wolkengedanken. Den klaren Himmel sehen wollen. Aufklärung. Methoden und Techniken entwickeln, um diese Wolken aufzulösen, um einen klaren Spiegel EmotionsBlick zu erhalten. So wie die Wolken gefährliche Blitze, so können Emotionen menschliche Katastrophen auslösen. Sind die Emotionen jedoch geklärt, ist echtes Badewetter. PädagogInnen können SchülerInnen ein Spiegel sein und SchülerInnen den PädagogInnen.

„Wagenden hilft das Glück. – Allen anderen hilft gar nichts.“ Lisz Hirn

5. Blick

Nach wie vor lebt der Reichtum des Westen von der Ausbeutung anderer. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir: Wir müssen, um langfristig zu überleben, teilen und unsere Lebensweise verändern – und damit das bisherige Wirtschaftssystem. Auch um (gemeinsam) zu überleben. Es geht um Menschlichkeit – für diese braucht es keinen IQ von 120, dazu braucht es ein offenes und mutiges Herz! PädagogInnen mit Migrations- und Flüchtlingskindern in der Klasse – von der Bildungspolitik im Stich gelassen – sind im neuen Schuljahr extrem stark gefordert.

Es liegt an jeder/jedem, ehrlich in den Spiegel zu schauen und – so unangenehm auch immer das sein mag, was wir da erblicken – es anzunehmen und dann persönlich und auch politisch zu handeln. Die Zukunft ist jetzt. Ohne Lösung. Wir sind mitten im labyrinthischen Wendungs-Prozess.

„Politshow“ Kindergartenpaket: Türkisblau einigt sich mit schwarzen Ländern

Kommentar von Manfred Sparr

Wer droht, schafft an! Die neue Bund-Länder-Vereinbarung 15a zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.

„Viel Lärm um nichts“? Zweimal nein!

Zuerst droht die Regierung den Ländern mit Finanzkürzungen im Kindergartenbereich und produziert damit viel mediale Aufregung um anschließend, die schon bisher sehr zurückhaltende Förderung in der Höhe von 142 Millionen Euro weiter zu garantieren. „Viel Lärm um gleichbleibende Förderung“, wie die **Vorarlberger Nachrichten (VN)** am 25. 8. titelt. Also „Viel Lärm um nichts“? Zweimal nein!

Erstens, weil es sich bei dem erbärmlichen Theater, das die türkisblaue Regierung seit fast einem Jahr ununterbrochen inszeniert, um alles andere, nur nicht um eine Komödie wie bei William Shakespeares „Much Ado About Nothing“ handelt. Zumindest bezüglich des Intrigenspiels ließe sich eine Verbindung zu Shakespeares Stück herstellen, wäre da nicht wieder einmal die türkisblaue Version so beschämend.

Zweitens, weil die Regierung ihre nicht Anpassung (= Null-Erhöhung) der Fördermittel damit den Ländern auch noch teuer verkaufen kann: Mehr Geld aus den Landesbudgets und das Kopftuchverbot sowie einen (türkisblauen) Wertekatalog verbindlich für alle Kindergärten in Österreich.

Der Bund wird jährlich 142,5 Millionen Euro zahlen, genauso viel wie bisher. Die Länder werden um 10 Millionen Euro mehr zahlen müssen, also zukünftig 38 Millionen Euro pro Jahr.

„Pädagogische“ Vorgaben wie Sprachförderung, Schulreifeentwicklung,



Foto: spa

Wertekatalog und ein Kopftuchverbot werden durch die 15a-Vereinbarung verpflichtend für alle Kindergärten. Die Einführung und Überwachung muss durch die Länder erfolgen.

Zukünftig sollen österreichweit die gleichen (türkisblauen?) Standards gelten. Wer zahlt – pardon, wer droht schafft an. So löste die Regierung „ein Problem, das sie selber geschaffen hat“, meint Neos-Familiensprecher Michael Bernhard in den VN.

Altbekannter Ton der neuen Kurz-Politik

Die Verhandlung über die Bund-Länder-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote erfolgte im altbekannten Stil der neuen Kurz-Politik: Laut dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Hans Niessl, erfolgte die Abstimmung bisher nur mit den ÖVP-geführten Ländern.

Dies bestätigt auch Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, für ihn ist das eine reine „ÖVP-Politshow“. Das sieht Familienministerin Juliane Bogner-Strauß nicht so. In ZIB-2 widerspricht sie den SPÖ-Landeshauptleuten, die Vertreter aller Länder seien in die

Verhandlungen eingebunden gewesen. Egal, glaube jeder, was er will. Für die grüne Vorarlberger Landesrätin Katharina Wiesflecker jedenfalls lasse die Regierung der türkisblauen Koalition mit ihrer Kultur des Zusammenarbeitens sehr zu wünschen übrig.

„Fehler im Kreidekreiskalender“

Wer den Papierkalender verwendet, bitte korrigieren:

Faschingmontag ist (nicht am 11.2., sondern) am 4.3.

Zentralmaturatermine im Mai:

Mathe wurde um 2 Tage vorgezogen und dafür F und E 1 Tag verschoben, Kompensationsprüfungen

sind früher, sodass nun:

10.5. Mathematik

11.5. Französisch

12.5. Englisch

28.+29.5. Kompensationsprüfungen

Wir entschuldigen uns für die Fehler und weisen auf den korrekten Kalender hin: oeliug.at, Startseite, Kalender 2018/19 anklicken.

Weiters gibt's eine Version zur elektronischen Eigenverwendung in <http://archiv.oeli-ug.at/krkr1804Kalender.xls>

Dienstrechtsnovelle 2018 – für LehrerInnen relevante Punkte

Gary Fuchsbauer



Wiedereingliederungsteilzeit für Vertragsbedienstete

Im VBG gibt es den neuen § 20c, der allerdings aktuell nur bis Ende 2019 gilt:

Nach mindestens 6-wöchigem Krankenstand kann unmittelbar nach der Rückkehr in die Arbeit oder bis zu einem Monat später (falls jemand in der Arbeit feststellt, dass das bisherige Ausmaß doch zu anstrengend ist) die Wiedereingliederungsteilzeit beantragt werden. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Die Dauer kann zwischen 1 und 6 Monaten vereinbart und bei arbeitsmedizinischer Zweckmäßigkeit dann noch um 1-3 Monate verlängert werden.
- Die Arbeitszeit in der Wiedereingliederungsteilzeit muss im Durchschnitt bei 50-75% der Arbeitszeit vor dem Krankenstand liegen, aber bei mindestens 30%. So kann zB vereinbart werden, dass zunächst mit 30% begonnen wird, nach 2 Monaten 50 und in den Monaten 5 und 6 dann 70%, sodass der Mindestdurchschnitt 50 erreicht wird. Genauso ginge 60-75-90, sodass der Höchstdurchschnitt 75 erreicht wird - und alles dazwischen ...
- Die Bezahlung durch den Arbeitgeber erfolgt nach der erbrachten Arbeitszeit, außer es ist eine Phase unter 50% vereinbart, dann wird während der gesamten Wiedereingliederungsteilzeit das durchschnittliche Beschäftigungsausmaß abgegolten.
- Die Betroffenen bekommen zusätzlich – aber nur auf **Antrag** – bei der Krankenversicherung Wiedereingliederungsgeld (jeweils für 28 Tage im Nachhinein) in Höhe des anteiligen erhöhten Krankengeldes (siehe Kreidekreis 3/2018, S. 14). Bei der Gewährung der Wiedereingliederungsteilzeit hat die Personalvertretung ein Mitwirkungsrecht (PVG § 9, Abs. 1, lit. q)

Individueller Vorbildungsausgleich

Wenn die für eine Gehaltsstufe erforderliche Vorbildung nebenberuflich gemacht wird, so erhöht sich nun in der Zeit vom Beginn des Studiums (1.10. oder 1.3.) bis zum Tag der Beurteilung der letzten Prüfung, Lehrveranstaltung oder wissenschaftlichen Arbeit das Besoldungsdienstalter nicht, maximal aber 3 bzw. 4 Jahre für Bachelor (180 bzw. 240 ECTS) bzw. in Summe 5 Jahre für Masterbereich. Dieser individuelle Vorbildungsausgleich kann aber z.B. nicht bewirken, dass die für Wehr-/Zivildienst angerechnete Zeit abgezogen wird. [jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/15](https://www.ris.bka.gv.at/eli/vbg/paragraf/15) wurde völlig neu formuliert.

Unverändert bleibt: Wurde das erforderliche Studium nicht abgeschlossen, wird ein „fester Vorbildungsausgleich“ von 3 Jahren abgezogen, wenn Bachelor erforderlich wäre, bzw. 5 Jahre, wenn Master erforderlich wäre (verringert sich um 3 bzw. 4 Jahre, wenn 180 bzw. 240 ECTS Bachelor abgeschlossen). Eine Neuberechnung des Vorbildungsausgleichs ist nur auf **Antrag**

möglich (VBG § 100, Abs. 83, Zif. 9). Z.B.: Jemand hat bei Ermittlung des Besoldungsdienstalters (aufgrund von z.B. Bundesheer, angerechnete Berufserfahrungszeit, II L Vertrag) bereits 5 Jahre gesammelt, aber noch keinen Studienabschluss. Ist sie/er in l2a2 werden 3 Jahre abgezogen und erfolgt die Einreihung in Stufe 2. Ist sie/er in l1 oder pd werden 5 Jahre abgezogen und erfolgt die Einreihung in Stufe 1. Erfolgt dann 1 Jahr später der Abschluss eines 240 ECTS-Bachelors und wird Neuberechnung des Vorbildungsausgleichs beantragt, wird in l2a2 statt der 3 Jahre nur die tatsächlich nebenberufliche Studienzeit abgezogen. In l1 oder pd wird zusätzlich wegen des fehlenden Masters 1 Jahr abgezogen.

Verlängerung der Familienhospizfreistellung

Für die Betreuung von im gemeinsamen Haushalt lebenden schwersterkrankten Kindern wird nun künftig maximal dreimal 9 Monate Dienstfreistellung gegen Entfall der Bezüge möglich sein.

Besoldungsdienstalter im Sinne der Jubiläumsszuwendung

Für jene, die nach Februar 2015 einen Dauervertrag bekommen haben, richtet sich der Jubiläumstichtag nach dem Besoldungsdienstalter. Wenn letzteres nun aber durch einen Vorbildungsausgleich verringert wurde, ist die tatsächliche Dienstzeit im öffentlichen Dienst jubiläumswirksam. (GehG § 12c, Abs. 1) Den eigenen Jubiläumstichtag findet man übrigens bei den eigenen Daten auf bildung.portal.at, ebenso wie zB den Abfertigungstichtag (für vor 2003 begonnene Dienstverhältnisse als Vertragslehrer/in).

Besondere Hilfeleistungen nach Dienst-/Arbeitsunfall auch für VertragslehrerInnen

Der neue § 25a im VBG ergibt nun die Ansprüche wie bei Beamten (§§ 23a bis 23f GehG).

Zulage für KoordinatorInnen im Fachbereich Inklusiv- und Sonderpädagogik

Da die Aufgaben der ZIS ab Sept. in die Bildungsdirektionen kommen, wird für die KoordinatorInnen eine Zulage geschaffen. Sie beträgt 904,9 Euro (incl. DirektorInnenzulage).

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgbl/I/2018/60>

Gesetzesmaterie:

parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00035/parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00035/fname_688239.pdf

parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/BNR/BNR_00061/
Weitere Fragen: fuchsbauer@oeli-ug.at, 0680 2124358

fragen & antworten



Zahlreiche KollegInnen nützen oeliug.at/kontakt um Anfragen zu stellen. Gabriele Atteneder berichtet aus den Antworten der ExpertInnen.

ZEITKONTO UND ÜBERSTUNDEN

Ich konsumiere von meinem Zeitkonto eine halbe Lehrverpflichtung. Kann ich dann in diesem Schuljahr Überstunden und Förderstunden haben und diese auch gleichzeitig wieder fürs Zeitkonto weiter ansparen?

Antwort

Eine gleichzeitige Nutzung des angesparten Zeitkontos als Freizeit und ein Ansparen von Werteinheiten, die über die volle Lehrverpflichtung (z.B. Zeitkonto 10 WE, 10 WE Unterricht) hinaus gehen, ist im Gesetz untersagt. Da geht es um die Absicht des Gesetzgebers, dass beim Zeitkontonutzen möglichst nahe bei 10 WE unterrichtet wird.

Du kannst Förderunterricht halten. Du bist ja ein ganz normaler Lehrer in Vollbeschäftigung, bloß kommen 10 WE aus dem Zeitkonto. Die Dauer-MDL (was halt notwendigerweise über 10 WE unterrichtet wird) und während des Jahres anfallende MDL aus Förderkursen oder Blocksupplierungen sind dir ganz normal als MDL auszahlbar.

„ZEIT AUSGLEICH“ FERIE

Werden LehrerInnen „nur“ für 10 Monate Arbeit bezahlt und wird ihr Lohn bloß über die Sommerferien auf 12 Monate gestreckt? Würde dies bedeuten, dass Lehrer in den Sommerferien somit nicht dazu verpflichtet werden könnten, zu arbeiten? Oder werden LehrerInnen auch für die Sommerferienmonate bezahlt und haben daher auch in dieser Zeit die volle bezahlte Leistung zu erbringen (zB im Falle von Informatikkustodiatstunden)?

Antwort

im Gegensatz zur Regelung für Arbeiter/Angestellte gibt es für LehrerInnen keine Arbeitszeitregelung. Es gibt nur

die Bestimmung des Personalvertretungsgesetzes: Abs. 2, lit. b, in [jusline.at/gesetz/pvg/paragraf/9](#) „Mit dem Dienststellenausschuss ist [...] das Einvernehmen herzustellen: b) bei der Erstellung und Änderung des Dienstplanes einschließlich der zeitlichen Lagerung der Ruhepausen und der Diensterteilung; soweit sich diese über einen längeren Zeitraum oder auf mehrere Bedienstete bezieht“. Es gibt also nur die Möglichkeit, über den Dienststellenausschuss Arbeitseinteilungen zu beeinflussen.

Wir LehrerInnen haben eine ungleich übers Jahr verteilte Arbeitszeit. Dass die Sommerferien zu unserer Arbeitszeit dazugehören, geht z.B. aus der Urlaubsregelung hervor: Abs. 1 in [jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/91c](#) und [jusline.at/gesetz/bdg/paragraf/219](#) (Ende des Abs. 5, dass „an die Stelle des Erholungsurlaubes die Schulferien treten“) bzw. im neuen Dienstrecht [jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/42a](#) (Mitte des Abs. 2 „Anspruch auf einen Urlaub während der Hauptferien“).

Die Bezahlung bei Vollbeschäftigung läuft über alle 12 Monate gleich, der Zeitpunkt der Arbeitserbringung richtet sich jedoch nach dem anfallenden Bedarf. Dass wir LehrerInnen eine Jahresdurchrechnung haben, sieht man z.B. an der Maturaklassenabwertung. Wenn wir unsere Arbeitszeitverteilung mit dem Jahresnormmodell der APS-LehrerInnen, vergleichen, wird die Regelung zahlenmäßig deutlich. Dort werden 1776 (bzw. ab Anspruch auf eine 6. Urlaubswoche ab 43: 1736, siehe [jusline.at/gesetz/ldg_1984/paragraf/43](#)) Stunden Jahresarbeitszeit verrechnet: Dies ergibt sich aus der 40-Stundenwoche im öffentlichen Dienst inklusive Berücksichtigung von Urlaubsanspruch und Feiertagen. Im Jahresnormmodell wird dann A die

Unterrichtszeit, B die Vor- und Nachbereitung (praktisch dieselbe Zeit wie für Unterricht nochmal) und C die sonstigen Arbeiten als LehrerIn von Konferenzen über z.B. Elternberatung bis Fortbildung aufgliedert. Wenn ich nun z.B. für eine/n Bundeslehrer/in sage: 20 WE ergeben 1776 (1736) Arbeitsstunden im Jahr, ergäben sich pro WE 88,8 (86,8) Stunden pro Jahr. Daraus ergeben sich bei 2 Monaten ohne Arbeitsstunden für 10 Monate jeweils 8,9 bzw. 8,7 Arbeitsstunden/Monat/WE bzw. etwas über 2 Stunden pro Woche Arbeit für 1 WE - folglich für 1 WE 2 Arbeitsstunden von September bis Juni. Die Ferien entsprechen also einem Zeitausgleich für bereits geleistete Arbeit!

Überstunden laufen NICHT über die Ferien fort, weil diese bei uns ausschließlich nach gehaltenen Unterrichtsstunden (und nicht z.B. nach Kustodiat- oder DirektorInnen- oder auch Zentrallausschuss-WE) bezahlt werden.

KUSTODENARBEIT IN DEN FERIE

Wie ist die Arbeitszeit für Kustodiate in den Ferien geregelt? Ist man nun als IT-Kustode (angenommen 4 WE = ca. 8 Arbeitsstunden) auch verpflichtet, diese Arbeitszeit in den Ferien einzuarbeiten oder laufen diese (wie andere Werteinheiten in der Praxis auch) in den Ferien nicht weiter fort?

Antwort

Diese oben dargestellte ungleiche Arbeitszeitverteilung gilt auch für Kustodiat-WE und natürlich gilt das Erholungsrecht auch für KustodInnen: Wenn er/sie während des Schuljahres wöchentlich etwas mehr Arbeitsaufwand als 2 Stunden/WE erbracht hat, dann hat er/sie die abgeleitete Arbeitszeit während des Schuljahres bereits geleistet.

Buchbesprechung

HOMO DEUS – Eine Geschichte von Morgen

Ein Bestseller von Yuval Noah Harari

Bereits in seinem Kultbuch *Eine kurze Geschichte der Menschheit* erklärte Yuval Noah Harari, wie der Homo Sapiens die Erde eroberte. In *HOMO DEUS – Eine Geschichte von Morgen* beschreibt er nachvollziehbar und mit wissenschaftlich ausreichend fundierten Argumenten mögliche Zukunftsszenarien der Menschheit. Was wird mit uns und unserem Planeten passieren, wenn neue Technologien wie die Robotik dem Menschen gottgleiche Fähigkeiten verleihen? Was bleibt uns vom Humanismus, wenn sich der technikverstärkte Homo Deus vom heutigen Menschen mehr unterscheidet als sich dieser vom Neandertaler? Was braucht es Menschen, wenn der Computer am telefonischen Gegenüber besser beraten kann als Fachpersonal?

Am 10. Februar 1996 besiegte Deep Blue von IBM den Schachweltmeister Garri Kasparow und beendete damit zumindest die menschliche Überlegenheit im Schachspiel. Inzwischen sind 22 Jahre vergangen und die KI (Künstliche Intelligenz) lernt sich das Schachspiel selbst. Wohin führt uns das? Braucht es den Menschen noch, z.B. an der Kassa im Supermarkt, und überhaupt?

HOMO DEUS ist ein faszinierendes und aufregendes Buch, objektiv und jenseits aller weltanschaulichen Schranken. Die Thesen sind oft nicht angenehm, stimmen aber nachdenklich und erweitern den Blickwinkel an sich und auf die Zukunft erheblich. Auch Bill Gates und Barack Obama sind der Ansicht, dass uns HOMO DEUS - Eine Geschichte von Morgen (Verlag C.H.BECK, 576 Seiten) in einer Art und Weise zum Denken bringt, wie wir vorher noch nie gedacht haben.

Josef Straßhofer

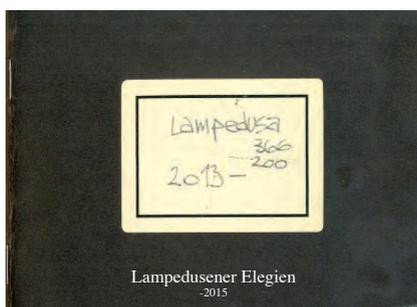
Quellenachweis:

deepblue-kasparow.jpg

<https://www.digitaltrends.com/computing/best-man-vs-machine-moments/> vom 17.6.2018



Am 10. Februar 1996 wurde die Überlegenheit des Menschen beim Schachspiel vom Computer beendet. Wo stehen wir 2018?



Standard 12AUG2015

DAS AKTUELLE BUCH

Im Namen der Menschlichkeit

Von außen erinnert es an ein altes Schulheft, das querformatig, leicht antikierte, verwaschen dunkelgraue Notizbuch, in dessen Mitte ein gerahmtes Schild prangt. Mit krakeligen Buchstaben ist es beschriftet: „Lampedusa, 366, 2013 –“. Ergänzend steht darunter einzellig in gedruckter Serifenschrift der Untertitel *Lampedusener Elegien – 2015*. Die schmale Publikation ist von einer Banderole umschlossen. Vielsagend die darauf gedruckte Info: „So wie viele meiner Kataloge ist dieser natürlich subventionsbefreit.“ Harald Gfader, seines Zeichens Künstler, Poet, Maler, Kurator, Illustrator, Museumsdirektor, Kosmopolit und Initiator, übt sich einmal mehr als politisch wacher Aktivist sowie gesellschaftlicher Provokateur.

In Form fusionierender Sprachspiele und Collagen widmet sich der Vorarlberger Künstler der heute allgegenwärtigen paneuropäischen Flüchtlings- und Asylproblematik. Wider Zynismen und Gleichgültigkeit. Unter Verwendung und Verfremdung von Texten aus der Feder von Karl Kraus kombiniert und karikiert Gfader Termini wie Kirchen-Schiff, Schiffe, Meeres-Rauschen, Moral, volle Boote, Trauer, Krieg, Wollust, Kultur, Unkultur, das Durchqueren der Wüste mit dem Traum vom Gelobten Land. Naturgemäß sind seine vielschichtigen Accrochagen ernster als sonst. Mehrfach bedeutsam sind sie wie sonst auch. Vom Blech reden zu Blechkübeln und einem Flaschenzug, der zum Anheben des Horizonts dient, um das Ufer unerreichbar zu machen, ist es nicht weit. Assoziativ Frottagen, Fotos, frostige Aquarelle.

Gfader bestärkt mit der auf 50 Stück limitierten Kunst-Edition auch den (im Sinne der antiken Polis) politischen Wert von Wertschätzung von Kunst und Künstlern. Eine Idee, die er auch als Kurator aktuell immer wieder hinterfragt und neu definiert, auf der Art Bodensee und bei der Initiative M.i.l.k umsetzt. Oh Europa, oh Abendland. Was bedeutet „SOS“ laut Gfader? „Save our souls!“ Prädikat wertvoll!

Gregor Auenhammer

Harald Gfader: „Lampedusa 2013 –“. 36 Seiten, limitierte, nummerierte, handsignierte Edition. Preis auf Anfrage. Info: hgfader@gmx.net.

HGfader

Jahrgang 1960 | Göfis-Feldkirch-Vorarlberg
 Lebt in Italien | wohnt in Vorarlberg
 hgfader@gmx.net

1985 Hochschule für angewandte Kunst Wien, Prof. Tasquil, 1987 Prof. Frohner (Malerei)
 1988 Preis der Stadt Wien, 1989 Förderungspreis für Wissenschaft und Kunst des Landes Vorarlberg. Seit 1992 Kunst und Konzepte mit Randgruppen, 1995-97 nach Krankheitsbedingter Einschränkung der künstlerischen Arbeit Eigenbau des Ateliers in Österreich - Beschäftigung mit Sound & Noise, 1999 Arbeitsstipendium ODISEE (Bundeskanzleramt Sektion Kunst), 2011 Kunstpreis der Stadt Feldkirch.

1998-2016 Erfinder/Planer und Mitbegründer der ART-Bodensee I-2001 bis XV-2015.
 2012 milk-ressort, Gründung eines unabhängigen freien Ausstellung Raumes. 2003 zur Sonderschau „Sammlung ohne Grenzen“/art Bodensee Co-Kurator mit FRAC Alsace. 2003 Wiesbaden SCHWERPUNKT AUSTRIA – Kunstlandschaft Vorarlberg in Zusammenarbeit mit der Stadt Wiesbaden. 2005 DIFFERENTE_DEFINITIONEN, Südtiroler Kunstverein, Bozen 12 Vorarlberger Künstler(Katalog). Organisation, Konzept&Idee. | WESTENDENZ, Niederösterreichisches Dokumentationszentrum, St.Pölten.Organisation, Konzept&Idee. 2007 DAS ZEICHNERISCHE ELEMENT, Kunst. Vorarlberg. Idee & Organisation, Durchführung. Die Bedeutung der Zeichnung anhand von 30 Künstlern aus Europa. 2011 ART Bodensee Collection 2008-2010, Vermittl.Konzept Villa Claudia. | Das verlustige Lektorat. KUNST & Buchprojekte, Universität f. Ang. Kunst, Wien. | 2011 DAS AUFRECHTE BILD, Vermittl. Konzept f. Kunst.Vorarlberg

Ich male! Der übergeordnete Begriff darin ist der der „BEFINDLICHKEITEN“! – Identitätsschaffung durch einen subjektiv empfundenen bildnerischen Moment. In den Bildern den letzten Jahre beschäftigt mich immer mehr das Prinzip der Unschärfe / die Distanz des subjektiven Blickes auf die Dinge / das Raumerfassen des durch Gesten gewählten Momentes der Poesie.

Auszüge aus dem Lampedusa-Tagebuch, 2013 – vergriffen



NÖ

Mi 7.11., 18:00 – 21:00 Uhr

Gasthof Graf, Bahnhofpl. 7, St. Pölten

Was gibt's Neues an den Schulen?

Wie kommen wir zu „Transparenz-Mitbestimmung-Solidarität“ an den Schulen?

WIEN

Sa 24.11., 9:00 -13:00

BRG Glasergasse

Dienstrechtinfos und PV-Schulung

„Transparenz-Mitbestimmung-Solidarität“

APS

9. 4. 14:00 - 12.4. 13:00

ÖLI-APS Seminar 2019

Pertisau am Achensee

Personalvertretungsgesetz (PVG) und Dienstrecht; Schulung für neue bzw. angehende PersonalvertreterInnen

9.4. 14:00 - 18:00

Pertisau am Achensee

ÖLI-Stand und Vortrag bei der Messe „Bachelor and more“

„Bachelor and more – Informationsmesse für MaturaklassenlehrerInnen und StudienanfängerInnen.

17.11.2018 09:00 bis 16:00 Uhr

Gary Fuchsbauer (Öli-UG) wird gemeinsam mit Gaby Bogdan und Peter Steiner den ÖLI-Stand betreuen und einen Vortrag „Karriereziel LehrerIn“ halten: 12:10 Uhr bis 12:40 Uhr:

Adresse: MGC Messe in Wien, Leopold-Böhm Str. 8

Information zum Vortrag: Karriereziel LehrerIn

Als Lehrer mit 36 Jahren Unterrichtserfahrung möchte ich jungen Menschen einen kurzen Impuls im Sinne der Schönheit des Berufes der Lehrerin oder des Lehrers zu geben.

Da ich einerseits allgemeinbildende Fächer unterrichte (Mathematik, Religion), andererseits an einer technischen Schule tätig bin und einen Schulversuch koordiniere, bei dem Lehrlinge zur HTL-Reife- und Diplomprüfung geführt werden, und mich drittens als ÖLI-Bundeskoordinator mit LehrerInnenvertretung und -fortbildung aller Schultypen beschäftige, kann ich ein breites Bild unseres Berufes vermitteln. So wie sich in meinen Lehrerjahren der Unterricht sehr verändert hat, wird es auch in Zukunft sein. Lehrer/in ist ein abwechslungsreicher Beruf, weil sich die Kinder ändern, die Gesellschaft ändert und ich als Lehrer mich ständig selbst kritisch beobachte, weiterbilde und entwickle.

Danke für Ihren Einsatz im Schuljahr 17/18

In seinem Dienstmail vom 28.06. an „Alle Bediensteten“ hat Minister Faßmann aufgefordert, mit ihm „direkt in Kontakt zu treten und „seine Sichtweise zu schildern oder auch Anregungen zu geben“.

Gary Fuchsbauer (ÖLI-UG) ist diesem Wunsch des Ministers nachgekommen, sein Brief ist auf <http://archiv.oeli-ug.at/Antw.Fassmann.pdf> nachzulesen.

Wochengeld, einkommensabhängiges Kindergeld

Wichtiges OGH-Urteil und alle, die in den letzten 2 Jahren im Mutterschutz waren, können noch nachfordern!

Da einerseits nach Meldung der Schwangerschaft keine Überstunden gemacht werden dürfen und andererseits die Höhe des Wochengeldes in der (normalerweise) 16-wöchigen Mutterschutzzeit nach dem Durchschnitt der 3 Monate davor berechnet wird, entsteht eine Ungerechtigkeit bei allen, die vor der Schwangerschaft Überstunden hatten.

Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass für die Berechnung 3 volle Monate vor Meldung der Schwangerschaft herangezogen werden können, also das normale Gehalt mit MDL. Dies kann dann auch zu einem höheren einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld führen. Details senden wir gerne auf Anfrage zu: a@oeli-ug.at